



Regierungsratsbeschluss vom 05. Dezember 2023

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; Änderung des Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG): Umsetzung der Motion Darbellay "Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen"; Vernehmlassung

P231369

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortformular an das Bundesamt für Sozialversicherungen.

Begründung

Der Bundesrat schlägt eine Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG) vor, welche die Bezahlung von Taggeldern garantiert bei Rückfällen oder Spätfolgen im Zusammenhang mit einem Unfall, den Jugendliche zu einer Zeit erlitten haben, zu der sie noch nicht über das UVG versichert waren. Der Regierungsrat stimmt der vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesänderung mit einem Änderungswunsch bei den Übergangsbestimmungen zu.

